



Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
80792 München

Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

UV.0153.18, vom 02.07.2020

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben

S1/0012.01-1/2027/1

DATUM

15.09.2020

**Eingabe des Herrn P. Dr. Jörg Alt, Jesuitenmission, in 90402 Nürnberg vom
25.06.2020 betreffend „Bayernplan für eine soziale und ökologische Transforma-
tion“**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der vorbezeichneten Eingabe nehme ich wie folgt Stellung:

Der Petent fordert, eine soziale und ökologische Transformation im Freistaat zu verwirklichen. Dazu soll ein entsprechendes Konzept auf der Basis eines breit angelegten Dialogprozesses und einer parlamentarischen Anhörung entwickelt und mit den zuständigen Gremien auf Bundes- und Europaebene abgestimmt werden.

Laut Petition würden sich Corona, Klimawandel, Artensterben, Ungleichheit mit einhergehender sozialer Desintegration und wachsendem Populismus sowie andere Alarmsignale unserer Zeit überlagern und wechselseitig verstärken. Die gemeinsame Ursache sei die gegenwärtige, neoliberale Art und Weise, Wirtschaft und Gesellschaft zu organisieren. In deren Folge polarisiere sich die Gesellschaft, natürliche Ressourcen würden übernutzt und verschmutzt, Lebensräume verkleinert und Pandemien Wege bereitet werden. Die Auswüchse der „Hyperglobalisierung“ müssten zurückgefahren werden. Deshalb müssten die Lektionen aus der Corona-Krise auch im Hinblick auf Klimawandel und andere Krisen

berücksichtigt werden. Maßnahmen seien erforderlich, um eine Transformation hin zu einer sozial-gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu erreichen: Dies erfordere unter anderem, sich mit Fragen des Wohlstands und Wohlergehens auseinanderzusetzen, Arbeitsleistungen angemessen zu honorieren, globale Wertschöpfungsketten zu reduzieren und die Folgen der Digitalisierung ernsthaft anzugehen.

Die Corona-Krise ist und war ein Stresstest. Jetzt gilt es, wie gefordert, die Lehren daraus zu ziehen. Wichtig ist, den Blick nach vorne zu richten. Dafür dienen eine sozial-gerechte Gesellschaftsordnung sowie die soziale Marktwirtschaft als Fundament.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Sozialstaat auch bei einer krisenhaften Belastung gut funktioniert. Mit seinen Mechanismen konnte sichergestellt werden, dass die Maßnahmen, die zur Bewältigung der Krise erforderlich waren, schnell und zuverlässig ergriffen werden konnten.

Wichtige Grundlage dafür war und ist dabei der laufende und regelmäßige Dialog mit den Betroffenen, insbesondere mit den Sozialverbänden, den Sozialpartnern, den Kirchen und den Kommunalen Spitzenverbänden. Im Zuge dieses laufenden Dialogs konnten wir sicherstellen, dass die jeweiligen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise bislang gut bewältigt wurden. Ganz nach meiner Leitlinie „hinschauen, zuhören, kümmern“ werde ich diesen Dialog auch weiterhin fortsetzen.

Dabei gilt es natürlich auch, sich mit Fragen von Wohlstand und Wohlergehen auseinanderzusetzen. Diese Themen analysieren wir laufend. Der in jeder Legislaturperiode zu erstellende Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern bildet den Status quo ab, beschreibt die Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung und zeigt uns auf, an welchen Punkten wir nachbessern müssen.

Dabei haben wir die soziale und finanzielle Lage der bayerischen Bevölkerung auch zwischen den Sozialberichten fortlaufend im Blick. Dies zeigt sich beispielhaft in der Corona-Krise mit dem Einsatz für Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld, für einen erleichterten Zugang zu den Leistungen des SGB II oder auch für Entlastungen von Familien und insbesondere Alleinerziehenden. Zudem steht die Staatsregierung z. B. zur Grundrente, mit der

Lebensleistung honoriert und Altersarmut ab dem kommenden Jahr über die Grundsicherung im Alter hinaus noch besser bekämpft werden wird.

Auch viele andere grundlegendende gesellschaftspolitische Weichenstellungen im Zuge der Corona-Krise zeigen beispielhaft, dass die Bayerische Staatsregierung die jeweiligen Entwicklungen im Blick hat und längst verantwortungsvoll darauf reagiert:

Unter dem Motto „Unser Soziales Bayern: Wir helfen zusammen!“ haben wir gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunalen Spitzenverbänden eine äußerst erfolgreiche Initiative gestartet. Zunächst ausgerichtet auf die Unterstützung älterer Menschen haben wir sie um Informationen und Handreichungen für Familien, pädagogische Fachkräfte sowie Menschen mit Behinderung ergänzt sowie das beeindruckende Engagement von Frauen in der Krise sichtbar gemacht. Erfreulicherweise haben sich mehr als 1.100 Initiativen, die sich für die Unterstützung von Seniorinnen und Senioren vor Ort stark machen, auf der Homepage des StMAS vernetzt.

Die Initiative „Unser soziales Bayern – wir helfen zusammen!“ zeigt damit eindrucksvoll, dass wir in Bayern füreinander einstehen, einander helfen und aufeinander Rücksicht nehmen. Unser gesellschaftlicher Zusammenhalt ist hervorragend. Die Krise stellt unsere Gesellschaft zwar vor große Herausforderungen, bietet aber auch die Chance, neue Erfahrungen zum Generationenzusammenhalt zu sammeln und zu bewerten. Damit zukünftig von diesen Ergebnissen wichtige Erkenntnisse und Empfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft abgeleitet werden können, fördert das Sozialministerium eine wissenschaftliche Studie von INBAS-Sozialforschung zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Zusammenhalt zwischen den Generationen.

Selbstverständlich ist es erforderlich, Arbeitsleistungen angemessen zu honorieren. Deshalb steht die Bayerische Staatsregierung zum Beispiel zum Mindestlohn und appelliert an die Sozialpartner, gerade in den sozialen Berufen, deren Bedeutung in der Corona-Krise einmal mehr deutlich wurde, für eine bessere Bezahlung zu sorgen. Aber auch Ausbeutung und gesundheitsgefährdende Arbeitsverhältnisse dürfen wir nicht tolerieren. Die in der Corona-Krise aufgedeckten Verhältnisse in der Fleischwirtschaft haben deutlich gemacht: Den Versuchen, durch Auftragsvergabe an Subunternehmer den Arbeitsschutz und Arbeitnehmerrechte auszuhebeln und auch den Infektionsschutz zu unterlaufen, müssen

wir einen Riegel vorschieben. Hier wird das Gesetz zur Verbesserung des Vollzugs im Arbeitsschutz (sog. Arbeitsschutzkontrollgesetz) Abhilfe schaffen, insbesondere indem missbräuchliche Vertragsgestaltungen verhindert werden.

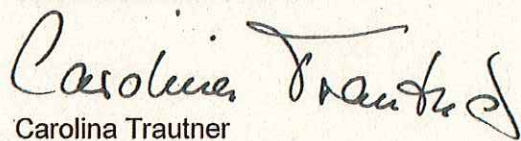
Uns ist darüber hinaus wichtig, dass Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft Verantwortung tragen. Dazu gehört auch die Verantwortung in der Lieferkette. Im Koalitionsvertrag Bund ist vereinbart, „national gesetzlich tätig“ zu werden und sich „für eine EU-weite Regelung ein[zu]setzen“, falls die Überprüfung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte 2020 zu dem Ergebnis kommt, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Unternehmen nicht ausreicht. Es ist uns ein großes Anliegen, für die Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung bei Unternehmen zu werben und ganz generell für das Thema Corporate Social Responsibility zu sensibilisieren. Dazu dient unter anderem der 8. Bayerische CSR-Tag der IHK für München und Oberbayern in Kooperation mit dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag und dem StMAS im September 2020.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass wir keine Gefahr einer „Hyperglobalisierung“ oder einer damit einhergehenden Polarisierung der Gesellschaft sehen. Die Corona-Pandemie und internationale Spannungen dürften den Globalisierungstendenzen vielmehr einen Dämpfer versetzen, von denen die bayerische wie deutsche Wirtschaft, inklusive der Beschäftigten und Konsumenten, lange profitierten und die gleichzeitig Millionen von Menschen, insbesondere im ost- und südasiatischen Raum, aus extremer Armut befreiten (vgl. diverse Ausgaben des Human Development Reports des United Nations Development Programme). Die Globalisierung bietet zusammen mit dem technologischen und digitalen Fortschritt demnach weiterhin eine große Chance, sofern sie durch international kollektive Maßnahmen flankiert sowie menschlich und sozial verträglich sowie nachhaltig ausgestaltet wird.

Soziale Gerechtigkeit und damit verbunden auch die Lehren aus der Corona-Pandemie stehen demnach ganz oben auf der Agenda der Bayerischen Staatsregierung. Daher begrüßt das StMAS, dass auch die Unterzeichner der Petition sich für unsere gemeinsame Zukunft einsetzen. Angesichts der bereits bestehenden Dialoge mit den Verbänden und

insbesondere auch dem regelmäßigen Meinungsaustausch der Bayerischen Staatsregierung mit den Kirchen und Sozialpartnern in Bayern können die aufgeworfenen Fragen im Rahmen der bestehenden Dialogprozesse diskutiert werden.

Mit freundlichen Grüßen


Carolina Trautner

Bayerisches Staatsministerium für
Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie

Staatssekretär Roland Weigert, MdL



Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie - 80525 München

Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Telefon
089 2162-2304

Telefax
089 2162-3304

Ihr Zeichen
Ihre Nachricht vom
UV.0153.18 vom 02.07.2020

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
21-3000/1892/2

München,
09. 09. 2020

**Eingabe des Herrn P. Dr. Jörg Alt, Jesuitenmission, in 90402 Nürnberg
vom 25.06.2020 betreffend „Bayernplan für eine soziale und ökologi-
sche Transformation“**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der Eingabe nehme ich wie folgt Stellung:

Ich begrüße ausdrücklich das Engagement der Unterzeichner, die zu Recht die große Bedeutung des laufenden Transformationsprozesses für unsere Gesellschaft betonen. Die Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit und Digitalisierung fordert uns in allen Bereichen unseres Zusammenlebens. Um diesen notwendigen Prozess erfolgreich zu gestalten, brauchen wir ein breites gesellschaftliches Bewusstsein für die anstehenden Veränderungen. Erfolgreicher Umwelt- und Klimaschutz erfordert zudem eine globale Koordination, um Entwicklungen gemeinsam voranzutreiben und natürliche Ressourcen optimal zu nutzen.

Postanschrift
80525 München
Hausadresse:
Prinzregentenstr. 28, 80538 München

Telefon Vermittlung
089 2162-0
Telefax
089 2162-2760

E-Mail
poststelle@stmwi.bayern.de
Internet
www.stmwi.bayern.de

Öffentliche Verkehrsmittel
U4, U5 (Lehel)
16, 100 (Nationalmuseum/
Haus der Kunst)

Vor Herausforderungen steht ganz besonders auch die Wirtschaft. Der industrielle Kern Bayerns, der uns den Wohlstand ermöglicht hat, in dem wir heute leben, befindet sich in einem grundlegenden Transformationsprozess. Digitalisierung und Klimaschutz sind die großen Zukunftsthemen, die von den Unternehmen in Bayern aktiv gestaltet werden müssen. Das stellt viele etablierte Betriebe vor eine schwierige Aufgabe, bietet Ihnen gleichzeitig aber auch enorme Chancen.

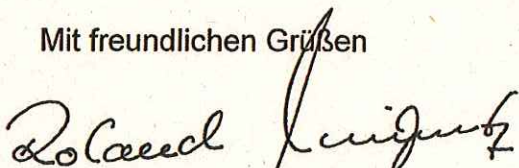
Bayern als Hochtechnologiestandort ist prädestiniert dafür, innovative Lösungen für mehr Nachhaltigkeit zu entwickeln und damit den Transformationsprozess voranzutreiben. Der Freistaat hat dies erkannt: Mit unserer umfassenden Innovations- und Technologieförderung unterstützen wir Forschung und Entwicklung zu wichtigen Schlüsseltechnologien, die eine zentrale Rolle für den Klimaschutz spielen und gleichzeitig große zukünftige Wertschöpfungspotentiale für Bayerns Wirtschaft bieten. So sind im Rahmen der Hightech Agenda Bayern umfangreiche Haushaltsmittel für CleanTech vorgesehen, um beispielsweise die Wasserstofftechnologie voranzubringen. Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit der Transformation nochmals verschärft, daher werden wir unser Engagement gemeinsam mit der europäischen und der Bundesebene weiter verstärken. Nur mit Innovationen kann eine nachhaltigere Gesellschaft bei gleichzeitiger Sicherung der wirtschaftlichen Leistungskraft erreicht werden. Dies ist wichtig, denn eine starke Wirtschaft schafft die Basis für sozialpolitische Maßnahmen, für Engagement im Klima- und Umweltschutz und für eine hohe Lebensqualität.

Nachhaltigkeitsstreben und Digitalisierung sind globale Entwicklungen, sie sind nicht auf einzelne Regionen, Länder oder Kontinente beschränkt. Die Globalisierung in diesen Bereichen zurückzufahren ist daher kontraproduktiv. Vielmehr gilt es, Bayern hier als internationale Leitregion zu positionieren. Mit innovativen und wettbewerbsfähigen Lösungen „made in Bavaria“ kann die bayerische Wirtschaft weltweit einen Beitrag für mehr Nachhaltigkeit leisten und dabei selbst von der Einbettung in ein globales Netzwerk profitieren. Je größer der potentielle Absatzmarkt für neue digitale und umweltfreundliche Produkte, desto größer ist auch der Anreiz zu deren Entwicklung.

Nichtsdestotrotz hat die Corona-Krise aber auch die Wichtigkeit einer gut aufgestellten heimischen Wirtschaft bewusstmacht. Anzustreben ist ein postpandemisches Gleichgewicht aus einer Integration in globale Märkte einerseits und einer Stärkung der regionalen Wertschöpfung andererseits. Sowohl auf EU-, als auch auf Bundes- und Landesebene engagiert sich Bayern in Initiativen, um eine stärkere Diversifizierung und eine Erhöhung der Resilienz zu erreichen.

Die soziale und ökologische Transformation ist ein tiefgreifender Prozess, der inzwischen elementarer Bestandteil des Diskurses auf allen politischen Ebenen ist. Die Europäische Union hat mit ihrem Grünen Deal einen ehrgeizigen Aktionsplan für alle Gesellschaftsbereiche vorgelegt. Die Bundesregierung hat ein Klimaschutzprogramm 2030 mit einem umfangreichen Maßnahmenbündel beschlossen und ein Klimakabinett eingesetzt. Und Bayern hat mit einem eigenen Klimaschutzgesetz seinen Willen zu nachhaltigem Klimaschutz bekräftigt. Eine eigens eingerichtete Bayerische Landesagentur für Energie und Klimaschutz soll zur erfolgreichen Umsetzung der energie- und klimapolitischen Ziele in Bayern beitragen. Mit einem breiten Instrumentarium sensibilisieren und unterstützen wir die bayerischen Unternehmen im Transformationsprozess. Diese eng verzahnten Initiativen auf europäischer, Bundes- und Landesebene ergänzen sich zu einem Gesamtkonzept für die nachhaltige Transformation – sie beinhalten einen breit angelegten und konstruktiven Dialogprozess, an dem sich auch der Bayerische Landtag und die Bayerische Staatsregierung aktiv beteiligen. Die Einrichtung paralleler Prozesse oder Gremien würde daher die effiziente Gestaltung und Umsetzung des Transformationsprozesses konterkarieren.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Weigert



Bayerisches Staatsministerium für
Umwelt und Verbraucherschutz



StMUV - Postfach 81 01 40 - 81901 München
Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München

Ihre Nachricht

Unser Zeichen
26a-U8014.0-2020/77-2

Telefon +49 (89) 9214-00

München
20.08.2020

Eingabe des Herrn Dr. Jörg Alt, Jesuitenmission, in 90402 Nürnberg vom
25.06.2020 betreffend
Bayernplan für eine soziale und ökologische Transformation

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

zu der oben bezeichneten Eingabe nehme ich aus der Sicht des Bayerischen
Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz wie folgt Stellung:

Mit der Petition „Bayernplan für eine soziale und ökologische Transformation“
appellieren die Unterzeichner an den Bayerischen Landtag, die Staatsregie-
rung aufzufordern, eine soziale und ökologische Transformation im Freistaat
zu verwirklichen. Dazu soll ein entsprechendes Konzept auf der Basis eines
breit angelegten Dialogprozesses und einer parlamentarischen Anhörung ent-
wickelt und mit den zuständigen Gremien auf Bundes- und Europaebene ab-
gestimmt werden.

In punkto Umwelt- und Klimapolitik fordert die Petition insbesondere, dass
„**Bayern und Deutschland Verantwortung übernehmen für ihren histo-
risch überproportionalen Anteil an den klimarelevanten Emissionen**“.

Aus Sicht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) handelt es sich beim Klimaschutz um eine Generationenaufgabe. Der Freistaat Bayern, seine Unternehmen und Bürger, haben sich dieser Aufgabe schon sehr früh gestellt und in den vergangenen Jahrzehnten mit einer Vielzahl an Maßnahmen den Ausstoß an klimarelevanten Treibhausgasen bereits gesenkt – von rd. 9,4 Tonnen je Einwohner und Jahr (1990) auf rd. 7,3 Tonnen je Einwohner und Jahr (2016). 2020 hat die Staatsregierung dem Landtag ein eigenes Bayerisches Klimaschutzgesetz vorgelegt. Flankiert wird es von einem Klimaschutz-Maßnahmenpaket mit 96 konkreten Maßnahmen. Dafür sind bis zum Jahr 2023 rund 700 Millionen Euro veranschlagt.

Das Bayerische Klimaschutzgesetz verbindet Verantwortung mit Augenmaß. Es formuliert ambitionierte, aber erreichbare Klimaziele. Diese stehen im Gleichklang mit den europäischen und deutschen Zielen:

- Bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent je Einwohner und Jahr gesenkt werden, bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1990, also auf unter 5 Tonnen pro Einwohner und Jahr;
- Spätestens bis zum Jahr 2050 soll Bayern klimaneutral werden.

Der Freistaat geht auf diesem Weg mit gutem Beispiel voran. Die Staatsverwaltung wird bereits 2030 klimaneutral. Dabei hat die Vermeidung von Treibhausgasen gesetzlichen Vorrang. Unvermeidbare Emissionen müssen kompensiert werden. Das StMUV hat bereits 2018 Klimaneutralität erreicht.

Die Petition fordert ferner, **globale Wertschöpfungsketten zu reduzieren, fairer zu gestalten und zu regionalisieren.**

Eine regionale Herstellung von Lebensmitteln für regionale Absatzmärkte verringert Langstreckentransporte und somit Emissionen an Schadstoffen und Treibhausgasen. Das Vorhaben der Europäische Kommission (Strategie „Vom Hof auf den Tisch“), den ökologischen und klimatischen Fußabdruck des Lebensmittelsystems der Union zu verkleinern und dessen Resilienz zu stärken, die Ernährungssicherheit angesichts des Klimawandels und des Verlusts an biologischer Vielfalt sicherzustellen und den globalen Wandel hin zu einer wettbewerbsgerechten Nachhaltigkeit vom Hof auf den Tisch anzuführen, wird vom StMUV grundsätzlich unterstützt. Sowohl für den Bereich des Lebensmittelsystems wie auch für andere (Wirtschafts-)Sektoren gilt jedoch

ebenso, wie die Initiatoren der Petition auch selbst formulieren, dass Abschottung in einer Welt globaler Wechselwirkungen kein taugliches Mittel ist.

Die Petition schließt mit der Erklärung, dass sich die **Initiatoren aktiv für das Vorankommen der sozial-ökologischen Transformation engagieren möchten**. Für die geforderten Dialogprozesse und die ebenfalls geforderte parlamentarische Anhörung werden themenbezogen Ansprechpartner benannt.

Das StMUV begrüßt das Verantwortungsbewusstsein, das Engagement und das Angebot der Unterzeichner zur Mitwirkung bei der Bewältigung der anstehenden ökologischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Für die in der Zuständigkeit des StMUV liegenden Themen haben die Initiatoren als Ansprechpartner u. a. mehrfach den BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BUND) benannt. Mit dem BUND gibt es bereits einen historisch gewachsenen Dialogprozess. Es ist geplant, diesen regelmäßigen Dialog fortzuführen. Dem BUND steht es frei, für ein Gespräch themenbezogen die Teilnahme weiterer Unterzeichner der Petition vorzuschlagen.

Insofern steht für das StMUV die bereits angesetzte Expertenanhörung mit Sachverständigen am 25. September zum geplanten Klimaschutzgesetz zunächst im Vordergrund.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Thorsten Glauber, MdL
Staatsminister